
Manfred Scharrer: Das letzte Wort der Geschichte

Dr. Manfred Scharrer, geb. 1945 in Hersbruck, Werkzeugmacher, Studium der Erziehungswissenschaften, Soziologie und Geschichte in Berlin, war Leiter der DGB-Projekte „Geschichte von unten“ und „Curriculum: Geschichte der Gewerkschaften“. Er ist Mitarbeiter des Referats für Aus- und Weiterbildung der ÖTV.

I.

In der Sozialismus-Debatte der letzten Monate äußerten sich auch politische Gegner von einst, die durch das abrupte Ende der SED-Diktatur zu neuen Einsichten provoziert sein mußten. Neugierig war ich auch deshalb, weil manche von ihnen auf all jene Linken, die sich stets geweigert hatten, in der DDR oder in der Sowjetunion einen wie immer gearteten Sozialismus zu erblicken, gar nicht gut zu sprechen waren. Vor allem das Eingeständnis der SED selbst, daß in der DDR alles andere real war, nur nicht der Sozialismus, legte eine Revision alter Positionen nahe. Ein mea culpa erwartete ich nicht, auch nicht eine Formulierung etwa der Art: „Also, hebe Leute, ihr habt recht gehabt“, sondern gespannt war ich, ob die Gelegenheit genutzt würde, alte Gegensätze, die hinfällig in der Sache geworden waren, zu mildern und eine neue Diskussionsgrundlage anzustreben.

Der moderate Beitrag von Detief Hensche (GMH 5/90) schien mir von diesem Bemühen getragen. Doch dann nennt er die Opfer des Stalinismus „irrende Freunde“ (Frankfurter Rundschau) und beklagt die strikte Ablehnung jeglicher Bündnisse mit den erklärten Anhängern des Diktaturmodells der SED/DKP, als „antikommunistisch motivierte Ausgrenzungsversuche“. Was bedeutet das Festhalten an dem alten stalinistischen Kampfbegriff, mit dem bevorzugt linke Kritik abgewehrt wurde?

Verhindert es nicht eine offene Diskussion, in der selbstverständlich Roß und Reiter genannt werden müssen, wenn Karlheinz Hiesinger Kollegen wie Norbert Römer, die an einige unselige Versuche sozialdemokratischer Gewerkschaftern erinnern, die DKP für linke Bündnisse gesellschaftsfähig zu machen, in die Ecke von McCarthy stellt? (GMH 7/90).

Zwingt es nicht zum Aufwärmen alter Geschichten, wenn Heinz Biermann/Michael Wendl (GMH 8/90) Hinrich Oetjen vorwerfen - in einer Anspielung auf die Auseinandersetzung der „Oberursler“ mit der DKP -, nur denunziatorisch verfahren zu sein, während sie der DKP und ihren Freunden einräumen, sich argumentativ verhalten zu haben? Muß solchen kleinen Gemeinheiten nicht widersprochen werden, selbst auf die Gefahr hin, eine langweilige Nachkarterei zu beginnen?

Vor 20 Jahren an der Uni haben wir, die undogmatischen Linken, Einspruch erhoben, wenn mit einer hochgestochenen Ableitungsgymnastik für die DKP als „distinkte Arbeiterpartei“ Propaganda gemacht wurde. Wir wollten verhindern, daß Stalinisten das Prädikat „Sozialismus“ zuerkannt wurde und damit die sozialistische Idee und Alternative auch noch theoretisch diskreditiert würde. Welcher Aufwand ist heute noch nötig, nachdem vor aller Welt offenkundig geworden ist, welche Bewandnis es mit dem Herrschaftssystem der SED und ihrer Filiale in der Bundesrepublik auf sich hatte, um verständlich zu machen, daß die DKP nicht schlankweg unter „sozialistische Strömungen“ subsumiert werden kann -wie bei Biermann/Wendl geschehen?

Ist es nicht reine Donquichotterie, wenn immer noch erklärt wird, daß Sozialismus und das, was der Marxismus/Leninismus daraus gemacht hat, zwei ganz verschiedene Dinge seien? Und das gerade jetzt, wo die SED sich von ihrer Geschichte verabschiedet, ihre im Namen des Sozialismus begangenen Untaten eilfertig unter den Teppich kehrt und sich das Mäntelchen des demokratischen Sozialismus umhängt. Der „demokratische Sozialismus“ war bislang, trotz seiner Unscharfen und der oft bloßen Lippenbekenntnisse seiner Protagonisten, ein nicht diskreditierter Begriff, der eine klare Abgrenzung zum Stalinismus markierte. Warum wird von der sozialdemokratischen und unabhängigen Linken dieser geistige Diebstahl der SED/PDS so sprachlos hingenommen?

Zeigt womöglich die Beharrlichkeit, mit der sich diese Partei an das geraubte Vermögen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Einzelpersonen klammert, wie radikal die SED mit ihrer Vergangenheit gebrochen hat? Oder demonstriert der Eifer, mit dem sie sich an der Aufdeckung der Stasi-Strukturen beteiligte, wie eindeutig die PDS sich von der SED geschieden hat?

Ist dies alles unwichtig, weil die Blochsche Frage „Hat sich der Marxismus zur Kenntlichkeit oder zur Unkenntlichkeit verändert?“ nun unausweichlich dahingehend beantwortet werden muß, daß vieles oder sogar das meiste im realen Sozialismus die Konsequenz Marxscher Prämissen ist?

II.

Dieter Wunders ähnliche Frage (GMH 12/89) und Sven Papckes Vorwurf (GMH 7/90), auch die undogmatische Linke sei wenig selbstkritisch gewesen, verweisen darauf, daß es angebrachter ist, zunächst vor der eigenen Tür zu kehren, als selbstgerecht die unverbesserlichen Liebhaber der diktatorischen Variante des Sozialismus oder ihre offenen und heimlichen Fellow-travellers zu kritisieren. Die Auseinandersetzung mit jenen, die glaubten, die DKP trotz ihrer inhumanen Sozialismusvorstellung zum linken Lager rechnen zu müssen, und sie deshalb, statt von linken Bündnissen fernzuhalten, einzugemeinden versuchten, gehört hoffentlich der Vergangenheit an. Sie ist Gegenstand der Geschichte, die nicht vergessen werden darf.

Mehr als unerfreulich wäre es, wenn jetzt das gleiche Spiel mit der PDS fortgeführt würde und eine Auseinandersetzung alter Art ins Haus stünde. Sicher, mit dem Verlust der Staatsmacht, mit dem Verlust ihres Terrorapparates Stasi, mit der Auflösung ihrer stalinistischen Parteistrukturen, gibt es die alte SED nicht mehr. Ob die Distanzierung von der eigenen Vergangenheit ein erzwungenes Zugeständnis ihrer verbliebenen Mitglieder bleibt oder eine wirkliche demokratische Metamorphose einleitet, wird sich erst in einigen Jahren zeigen können. Mit der SED/PDS eine linke Politik betreiben zu wollen, ist furchteinflößend - und wird es auf absehbare Zeit bleiben.

Papcke hat recht: Wir waren weitgehend blind gegenüber den Zielvorstellungen und der Politik Ho Chi Minhs, aber deshalb war unsere Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung nicht falsch, und vor allem - und das verißt Papcke zu erwähnen - war die Solidarität des SDS und der Studentenbewegung in erster Linie ein Protest gegen den Verrat der Amerikaner an ihren und unseren Werten von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Humanität. Gegen die amerikanische Kriegspolitik in Vietnam protestiert zu haben, bleibt auch von heute aus gesehen richtig.

Es stimmt auch, daß der moralische Rigorismus, mit dem die Amerikaner beurteilt wurden, längst nicht der Maßstab war, mit dem gegen eine vergleichbare Politik der Sowjetunion in Afghanistan protestiert wurde - leider. Auch der Protest gegen rechte Diktaturen stand in keinem Verhältnis zum Schweigen zu den Schandtaten linker Diktaturen. Die Protestbewegung, die viel Kraft aus dem Aufstand gegen die Doppelmoral der so freiheitlich und demokratisch gesonnenen Bürger zog, wozu nicht nur das Lehrstück Vietnam Anlaß bot, sondern viel mehr noch die verdrängte NS-Vergangenheit, pflegte zunehmend eine Doppelmoral in ihren eigenen Reihen.

An keiner anderen Stelle wurde dies deutlicher als im eigenen Land - nur daß wir dies selbst lange nicht bemerkt haben. Zwar kritisierten wir verzweifelt jenes Herrschaftssystem, in dem das Volk „wie Vieh regiert“ wurde (Wolf Biermann), und Rudi Dutschke gehörte zu den schärfsten Kritikern des „halbasiatischen Despotismus“, doch zu einem wirklich überzeugenden Protest gegen die Verbrechen der SED-Diktatur kam es - aus Gründen, die zu dis-

kurieren wären - nicht: Die Empörung über die Morde an der Mauer überließ auch die unabhängige Linke der Bild-Zeitung.

Es dauerte, bis wir erkannten, daß in der Bundesrepublik radikalere Konsequenzen aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus gezogen wurden. Die vermeintlich gründlichere Entnazifizierung in der DDR - weil sie nur in ausgewählten Bereichen und auf dem Verordnungswege erfolgte -, Keß uns lange etwas anderes vermuten. Besonders die Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln schien uns bereits hinreichend Gewähr für die Entwicklung einer humaneren Gesellschaft zu bieten.

Wir gerieten damit in die Nähe jener schlechten Tradition, die bereits Bloch und Brecht dazu verführt hatte, die stalinistischen Schauprozesse zu rechtfertigen, oder die Stefan Heym bis heute dazu bringt, den Aufstand der Arbeiter am 17. Juni 1953 als das Werk westlicher Geheimdienste zu verunglimpfen. Gerade auf dem Felde, wo sich die Linke in bester Marxscher Tradition hätte bewegen können, tat sie es nicht. Zwar stammt das Prinzip nicht von Marx, es hat auch mehr mit Kant als mit Hegel zu tun, doch Marx hat es am schönsten formuliert: „Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Eine selbstkritische Rückschau ist auch auf einem anderen Gebiet keineswegs überflüssig. Die Studentenbewegung hatte als kulturevolutionäres Prinzip den antiautoritären Protest auf ihre Fahne geschrieben. Das war eines ihrer Erfolgsrezepte, und die positiven Resultate dieses Protestes wirken bis heute nach. Der antiautoritäre Flügel des SDS schien für alle Zeiten gegen stalinistische oder leninistische Anfechtungen gefeit zu sein. Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki mit den prophetischen Aussagen darüber, wo die Politik Trozki und Lenins enden würde, gehörte zu unserer Standardausrüstung. Das Modell einer leninistischen Einparteiendiktatur schien als erneute Zielvorstellung undenkbar. Daß Sozialismus eine demokratische Mehrheitsveranstaltung sein müsse, war selbstverständlich. Das schloß eine grundsätzliche Kritik am parlamentarischen System nicht aus und auch nicht Geankenexperimente mit rätendemokratischen Konzepten. Doch wie leichtfertig stellten viele von uns, als immer deutlicher zu werden schien, daß der große Durchbruch außerhalb der Universitäten nicht gelingen wollte, die demokratischen Grundüberzeugungen zur Disposition, und begannen - in bester elitärer Absicht - mit dem leninistischen Parteytypus und seinen Implikationen zu liebäugeln. In fataler Verkennung der chinesischen Kulturrevolution wurden maoistische Parteisekten aufgebaut. Einige der wildesten Antiautoritären fanden sich in den rigidesten Sekten wieder - mit oder ohne Knarre. Wenn es nicht so viele persönliche Tragödien gegeben hätte, wäre man geneigt, der Auffassung zuzustimmen, daß sich die Geschichte zweimal ereigne: als Tragödie und als Farce. Die Glaubwürdigkeit der Protestbewegung wurde mit der gleichen Geschwindigkeit verspielt, mit der sie gewonnen worden war.

III.

Doch was bedeutet schon diese Episode, die, historisch gesehen, noch glimpflich verlief, im Vergleich zum Eingeständnis der verantwortlichen Kommunisten in der Sowjetunion, daß das Land nach fast 70 Jahren unglaublicher Opfer und Verbrechen nun nichts notwendiger brauche als Demokratie und Marktwirtschaft?

Der moralisch-politische Bankrott, den die sozialistische Idee durch die leninistische beziehungsweise stalinistische Erziehungsdiktatur in der Praxis erlitten hat, würde die analytische Substanz des Marxismus nicht allzusehr berühren, wenn er der „Weiterentwicklung“ durch Lenin oder einfach menschlichen Schwächen angelastet werden könnte. Daraus könnte sogar die heilsame, sich selbst bescheidende Lehre gezogen werden, daß Sozialisten keine besseren Menschen sind als die Andersdenkenden und Andersglaubenden. Die ökonomischen Annahmen von Marx werden jedoch durch den Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnung, jetzt als „Kommandowirtschaft“ in Bausch und Bogen verdammt, sehr wohl in Frage gestellt. Was davon Bestand hat, wäre gesondert zu diskutieren.

Die Faszination der Marxschen Kapitalismuskritik ging sicher nicht von ihrer Mehrwertlehre aus, sondern von dem umfassenden philosophischen Anspruch, die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft offengelegt und das Geheimnis der gesellschaftlichen Entwicklung gelüftet zu haben. Die Analyse des Fetischcharakters der Waren war eine Offenbarung. Das Attribut „wissenschaftlich“ und unsere politisch-psychologische Disposition verführten dazu, bloßen Thesen den Rang von Glaubensartikeln zu verleihen, das heißt, jede kritische Distanz gegenüber begrenztem Menschenwerk aufzugeben. Alle Rätsel der nationalen und internationalen ökonomischen Krisen schienen gelöst, und vor allem lag eine radikale Alternative klar auf der Hand: Abschaffung des Marktes oder, was bei Marx identische Begriffe sind, Abschaffung des Kapitals und des Privateigentums. Es war ohne weiteres einleuchtend, daß menschliche Vernunft, daß ein Plan als ökonomischer Regelmechanismus der Anarchie des Marktes überlegen sein müßten. Alles kapitalistische Elend der Welt schien hinfort leicht beseitigbar zu sein. Es mußte die Probe aufs Exempel gemacht werden.

Sie begann unter extrem ungünstigen Bedingungen in Rußland. Das nun endlich auch von den dortigen Kommunisten eingestandene Ergebnis, daß eine zentralistische Planwirtschaft die Bedürfnisse einer Gesellschaft weniger gut befriedigen kann als eine vielfältig geregelte Marktwirtschaft, wie sie in einigen kapitalistischen Ländern durch Krisen und Katastrophen hindurch über viele Jahre hinweg entwickelt wurde, hat jedoch mit den schwierigen Startbedingungen des Experiments nicht mehr viel zu tun.

Die Lösungen der ökonomischen Defizite kapitalistisch dominierter Produktion können jedenfalls in Zukunft nicht mehr in Formen zentralistischer Planwirtschaft gesucht werden. Der alte utopisch-kommunistische Wunder-

glaube, daß die Abschaffung des Privateigentums die harmonische Gesellschaft der Freien und Gleichen verwirkliche oder zumindest faschistische und imperialistische Entwicklungen verhindere, ist durch die stalinistische Barbarei, sei es in Rußland, China oder Kambodscha zerstört worden. Eine epochale Konfrontation löst sich auf.

Am schwersten mit dieser Erkenntnis tun sich die Vertreter der alten Ordnung in der DDR, die Anhänger der SED/PDS. Zwar wagen sie nicht, das kaum glaubliche Ausmaß der Verheerungen ihres Wirtschaftssystems und ihr vollständiges Scheitern zu leugnen; auch wissen sie nicht, welches andere ökonomische Experiment, das den Namen sozialistisch verdient, nun ausprobiert werden könnte, doch eines wissen sie schon jetzt ganz genau: „Der Kapitalismus ist nicht die letzte Antwort der Geschichte“ (Gregor Gysi, in: Sozialismus 7/90). Als ob diese Partei, die bis noch vor einem Jahr behauptet hatte, ihr Sozialismus sei bereits die letzte Antwort der Geschichte, erneut Anlaß hätte, über das nächste letzte Wort der Geschichte zu philosophieren. Als ob jetzt die Anmaßung, über letzte Worte der Geschichte Bescheid zu wissen, gefragt wäre. Mit einer solchen Aussage wird doch unterstellt, daß besonders Sozialdemokraten die alberne Auffassung vertreten, der Kapitalismus sei das letzte Wort. Überhaupt besticht die Methode, die Welt in Kapitalismus und Sozialismus zu teilen, durch ihre analytische Tiefenschärfe, und zwar umso gründlicher, je mehr sie sich von der Wirklichkeit entfernt.

Es geht jedoch nicht um philosophische Fragen, sondern in erster Linie darum, einen grundsätzlichen Unterschied zur Sozialdemokratie zu benennen. Die Fortexistenz der eigenen Partei neben der Sozialdemokratie zu begründen, ist dringend geboten, nachdem die wenig anheimelnde realsozialistische Alternative zur Marktwirtschaft, zur demokratischen Republik und zur Sozialdemokratie als Scheidelinie weggefallen ist. Ein völlig unbestimmter rhetorischer Antikapitalismus scheint dafür gerade gut genug. Dieses Konzept muß politisch nicht erfolglos sein, denn eine alte Propagandaweisheit lautet: Je ungenauer der Begriff, desto größer seine demagogische Wirkung.

Die SED/PDS versucht vorzugaukeln, sie hätte noch eine radikale Alternative jenseits eines sozialdemokratischen Reformismus anzubieten. Gleichzeitig zwingt ihre historische Niederlage sie zu einem Eiertanz zwischen Anbiederung an die SPD und Ablehnung sozialdemokratischer Grundsätze. Das erlaubt ihr, die Notlage der Menschen in der DDR nicht als Folge ihrer vierzigjährigen Wirtschaftspolitik, sondern als Folge des angeblich mit Brachialgewalt eingefallenen Kapitalismus auszugeben.

IV.

Das Ende der zentralstaatlichen Planwirtschaft bedeutet nicht, daß Markt und Privateigentum heilig gesprochen werden müßten. Fast ist man geneigt, die großen Hoffnungen, die viele Menschen in Osteuropa auf diese Alternative richten, zu dämpfen, damit nicht ein neuer Wunderglaube entsteht. Es

gab noch nie einen Markt ohne Marktordnung, der Begriff des Marktes bei Marx ist eine Abstraktion. Die Geschichte der modernen Warenproduktion ist eine Geschichte der politischen Interventionen und Regelungen, um die destruktiven Wirkungen der Marktgesetze einzuschränken oder zu beseitigen. Einen reinen, sich selbst regulierenden Markt hat es in Wirklichkeit nie gegeben, und Adam Smith hat nie behauptet, daß die „unsichtbare Hand“ alles zum Guten und Besten wende. Allein das Verhältnis der Industrieländer zu den Ländern der Dritten Welt, die dortige Armut, die weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt oder die Arbeitslosigkeit sind unübersehbare Hinweise auf die Grenzen von Marktwirtschaft und die Notwendigkeit politisch-staatlichen Handelns. Es schafft keine Abhilfe, sich damit zu trösten, daß die Planwirtschaften eine katastrophalere Umweltzerstörung produzierten, daß dort Arbeitslosigkeit in aufgeblähten Bürokratien und sonstwo versteckt wurde und so weiter.

Welche Mischungsverhältnisse von Markt und Plan sich ergeben werden, ist keine ideologische, sondern eine pragmatische Frage. Dies trifft gleichermaßen für die damit zusammenhängende Problematik zu, welche Zügel dem Privateigentum in Zukunft angelegt werden und wie sein Verhältnis zu anderen Eigentumsformen bestimmt werden soll.

Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse einer jeden Gesellschaft ergeben sich nicht allein aus einem wert- und interessenfreien technokratischen Effizienzkriterium. Sie werden entscheidend von Schichten- und Klasseninteressen und durch die politischen und sozialen Machtverhältnisse geprägt, also auch von dem Gewicht der Gewerkschaften.

Jede Gesellschaft wird ihre spezifischen Varianten gemäß ihren besonderen Bedingungen entwickeln. Diese Vorstellung eines empirischen Lernprozesses ist eine alte linke Idee aus Zeiten, in denen es eine lebendige Vielfalt von sozialistischen Meinungen gab und noch kein Dogma die Diskussion erstarren ließ. Der frühe Marx kannte diese Konzeption, bevor er glaubte, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Auch bei Rosa Luxemburg ist sie noch teilweise vorhanden: Voller Entsetzen darüber, daß die Bolschewiki den Arbeitern ihre sozialistische Version mit Terror und Gewalt aufzwingen, formulierte sie die Erkenntnis, daß die Sozialisten über kein positives Sozialismus-Konzept verfügten, ja daß es ein solches als theoretische Kopfgeburt auch gar nicht geben, sondern daß es nur durch die „Schule der Erfahrung“ gewonnen werden könne. Entscheidend ist dabei, daß Strukturen garantiert werden, die es ermöglichen, Fehler zu machen und aus Fehlern zu lernen. Deshalb ihr eindringliches Plädoyer für pluralistische Parteiendemokratie und all die anderen schönen bürgerlichen Freiheiten. Daß sie daneben mit gleicher Begeisterung für die Rätewahl, für die Diktatur des Proletariats eintrat, soll nicht vergessen werden und auch nicht, daß sie in der Novemberrevolution ihre demokratischen Überzeugungen weitgehend geopfert und die Ablehnung der demokratischen Republik durch die KPD theoretisch begründet hat. Wo Rosa Luxemburg geirrt hat, läßt sich nicht erst seit heute leicht beurteilen.

V.

Voraussetzung für einen solchen Lernprozeß ist, daß Erfahrungen ernst genommen werden, und daß die Chance zum Lernen auch wahrgenommen wird. Eine Diskussion zum Beispiel, warum die Gewerkschaften mit ihrem Großunternehmen „Neue Heimat“ Pleite machten, ist unerlässlich, wenn man erfahren will, wie es besser gemacht werden kann. Es geht ja keineswegs um zweitrangige Fragen, wenn der Verdacht zutrifft, daß es sich hier nicht um das Versagen gutwilliger oder auch korrupter Personen, sondern wesentlich um das Versagen von Strukturen gehandelt hat. Die Bedeutung, die nicht-kapitalistisch geführte Unternehmen für die Utopie einer sozialistischen Produktion hatten, für die Begriffe wie kollektives (genossenschaftliches) Eigentum und Selbstverwaltung stehen, verpflichtet die Gewerkschaften, sich nicht sang- und klanglos von diesem gescheiterten Experiment zu verabschieden.

Das Lernen aus den historischen Erfahrungen der Sowjetunion und besonders der DDR ist angesichts der Opfer, die dafür gebracht werden mußten, ein Gebot intellektueller Redlichkeit. Wem die Wahrung der fundamentalen Menschenrechte das höchste Anliegen ist, der kann in der unbedingten Behauptung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfassung gar nicht entschieden genug sein - wohl wissend, daß demokratische Institutionen verknöchern und mißbraucht werden können, daß repräsentative oder plebiszitäre Mehrheiten falsche und verhängnisvolle Entscheidungen treffen können.

Die Gefahren, daß mit politischer und ökonomischer Macht Unheil ange richtet wird, sind um so größer, je zentralistischer beziehungsweise unkontrollierbarer die Institutionen werden. Die Linken, angefangen von Marx über Lassalle bis Rosa Luxemburg und, auf die Spitze getrieben Lenin, erwarteten alles sozialistische Heil von der politischen Machteroberung, also vom Staat, und zwar von einem extrem zentralistischen Staat. Aller Föderalismus und regionaler Eigensinn waren ihnen zuwider. Diese Vorstellung wurde durch den Traum vom Absterben des Staates und aller politischen Herrschaft überhaupt kaum gemildert. Ausgehend von dieser Utopie war es dann eine ausgesprochene Schnapsidee, dem Staat auch noch die zentralistische Verfügungsgewalt über die Wirtschaft zuzuschänzen. Die hautnahe Erfahrung mit einem solchen Monsterstaat, wie die SED ihn sich geschaffen hatte, in dem letztlich die Stasi das einzig politisch tätige und beherrschende und zudem unkontrollierbare Element war, dürfte den Abschied von übertriebenen zentralstaatlichen Vorstellungen - nationaler und europäischer Art - nicht allzu schwer machen und ein tiefes Mißtrauen gegenüber allen Staatsheilkundlern begründen. Die europäische Einigung, die Überwindung der Nationalstaaten, darf nicht in einen demokratisch noch schwerer kontrollierbaren europäischen Zentralstaat münden.

Nach all den verhängnisvollen Erfahrungen mit linken und rechten zentralistischen und totalitären Staaten ist ein Maßstab für humanen, zivilisatorischen Fortschritt, wie stark die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat gesi-

chert sind. Ein in diesem Sinne schwacher Staat muß keineswegs auf verlässliche staatliche Strukturen und Institutionen verzichten oder das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen lassen.

Der uralte Traum von einer gerechten Gesellschaft, die mit den Begriffen Freiheit, Glück, Wohlstand, Brüderlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz immer wieder neu und ganz verschieden beschrieben wurde, ist kein Monopol der Sozialisten. Auch sie müssen die Wahrheit ihrer Ideen in der Praxis beweisen.